

Vorsichtiger Optimismus auf der Verfassungskonferenz vom 10.-19.6.1992

Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen einer Verfassung, so wurde immer wieder betont, ist deren Erarbeitung durch die Volksvertreter. Kein Element der zukünftigen burmesischen Verfassung werde eine Neuerfindung sein. Aber die Kombination erprobter Verfahren mit einer der burmesischen Situation angemessenen Gewichtung könne einzig das Resultat der politischen Diskussion unter den beteiligten Parteien sein. Verfassungen könnten nicht importiert oder übernommen, sie müssen "entwickelt" werden. Die Schwerepunkte der Debatten lagen entsprechend bei den Themen Föderalismus, Menschenrechte und Militär.

Von stärkerer Bedeutung war jedoch der politische Begleiteffekt. Die Dynamik der Konferenz wirkte vertrauensbildend. Nach dem Bekenntnis der Vertreter der Exilregierung für einen föderalistischen Staat gewann die Diskussion an Schwung. Der heikle Aspekt der Armee, von der man nicht annahm, daß sie ohne Gegenleistung auf die Macht verzichten werde, wurden diskutiert. Hypothesen wurden formuliert, Ängste traten an die Oberfläche.

Die Frage der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Gliedstaaten führte ebenfalls zu heftigen Auseinandersetzungen. Einigkeit wurde zwar nicht erzielt, aber alle Vertreter formulierten zum ersten Mal und in der verpflichtenden Präsenz von ausländischen Experten in dieser Offenheit ihre Erwartungen und Befürchtungen. Einer der Höhepunkte war die skizzenhafte Zeichnung einer politischen Karte des künftigen Burma. Ein kleiner Schritt mit großer politischer Wirkung: War es doch bisher noch nicht gelungen, die geografischen Umrisse der neuen föderalistischen Union auch nur annähernd zu umreißen. ...

Mitarbeit zugesichert

Einen eigentlichen politischen Durchbruch erlebte die Konferenz, als die beiden Vertreter der Nationalen Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB) formell erklärten, der vorgelegte Entwurf solle als Diskussionsgrundlage gelten, bis eine voll legitimierte Verfassungsgebende Versammlung einberufen werden könne. Die NCGUB erklärte, daß sie fortan in der Verfassungskommission mitarbeiten werde. Diese Verständigung bedeutete,

daß die stärksten und wichtigsten Oppositionsgruppen des geteilten Burma gemeint hinter einer Verfassungsinitiative standen. ...

Die Ergebnisse sollen nun in einen Prozeß der Stellungnahme übergehen. Die verschiedenen Vertreter teilten sich das burmesische Territorium auf, um die Ergebnisse mit allen politischen Gruppierungen sowohl in den Gebieten unter Militärkontrolle als auch in den befreiten Gebieten zu diskutieren. Einigen der kleineren Nationalitäten kommt hier eine Schlüsselrolle zu, da sie wie im Falle der Karenni (rote Karen) nicht Mitglied der Demokratischen Allianz Burmas (DAB) sind, oder aber, wie die Nagas im Grenzgebiet zu Indien, bis vor kurzem mit Unabhängigkeitsbewegungen ethnisch verwandter Gruppen außerhalb Burmas sympathisiert hatten. Für die Palaung oder die Wa wiederum, die kleinere Nationalitäten im Raum der Shan-Staaten sind, sollte insbesondere das Konzept Autonomer Regionen mit-helfen, ihre Ängste vor einem Identitäts- und Kulturverlust zu zerstreuen. Aber auch im Kernland selber sollen die Resultate der Konferenz bekanntgemacht werden, insbesondere um die Einigung zwischen der burmesischen und der Opposition der Minderheiten zu erläutern.

Auch die Bevölkerung soll informiert

werden. Der propagandistischen Verteufelung des Wortes "Föderalismus" durch die Militärjunta, die den einzigen Radiosender innerhalb Burmas kontrolliert, soll mit Aufklärungsprogrammen in den burmesischsprachigen Sendungen von BBC, Voice of America und All India Radio entgegengewirkt werden. ...

Ein erster Schritt

Die Resultate der Verfassungskonferenz sind nicht zu unterschätzen. Erstmals seit zwei Jahren haben die wichtigsten Oppositionsgruppen eine gemeinsame Strategie festgelegt. Der Föderalismus als Verfassungsprinzip ist anerkannt worden und bietet damit erstmals ... Gewähr, daß ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten in Zukunft denkbar wird.

Mißt man die Ergebnisse an den realen Machtverhältnissen im Kernland, so zeigt sich, daß die NCGUB und auch die Studenten kaum Möglichkeiten haben, gegen das Militär zu verstärken. Die alles dominierenden Streitkräfte bestimmen die Tagesordnung unangefochten. Hier wird wohl erst zusätzlicher internationaler Druck ein Einlenken ermöglichen. Allerdings dürfte den burmesischen Oppositionellen in Manerplaw klar geworden sein, daß die Rückkehr des Militärs in die Kasernen keine gleichzeitige Lösung des Bürgerkriegsproblems mit den ethnischen Minderheiten bedeutet.

Die notwendigen Voraussetzungen zur Lösung dieser Frage sind jedoch in Manerplaw geschaffen und auf der Verfassungskonferenz vertieft worden - und dies gibt Anlaß zu vorsichtigem Optimismus.

Roland Bless



Vertreter der NLD, NCGUB, DAB und NDF nach Unterzeichnung des Manerplaw-Abkommens
Fotoarchiv Burma Büro